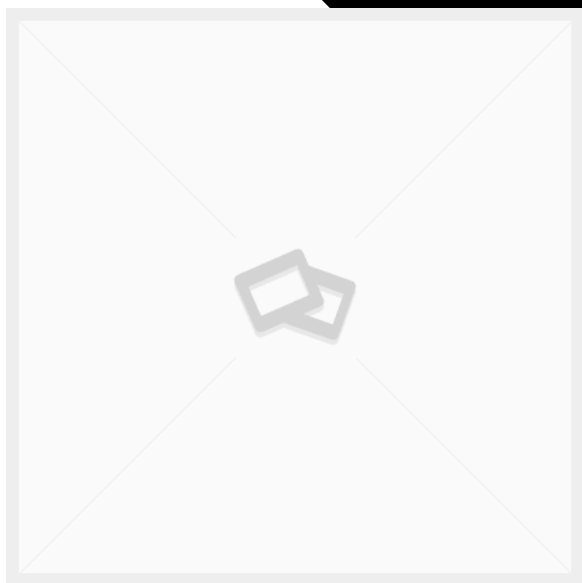


CHANGING THE FUTURE – BERUF UND BILDUNG IN SACHSEN-ANHALT



Entlicht am 17. April 2010

[Beruf](#), [Beschlüsse](#), [Bildung](#),
[Sachsen-Anhalt](#)

Beschluss des Landesparteitages

Alle Studien zum Arbeitskräftebedarf der Zukunft senden die gleiche Botschaft: Die deutsche Wirtschaft wird auch in absehbarer Zukunft Facharbeiter benötigen. Damit stellt die Ausbildung in Sachsen-Anhalt die Basis der Qualifikation.

Ein wesentlicher Grund für die Verringerung betrieblicher Ausbildungsplätze ist der Rückgang der Nachfrage. Darüber hinaus sind aber auch hohe Ausbildungsverweigerungen, hohe und starre Regelungen, hohe Sachkosten, zusätzliche Kosten für Bewerber, fehlende Ausbildungsfähigkeit junger Menschen bei der Ausbildung sowie eine Übernahmeverweigerung nach Beendigung der Ausbildung entscheidende Gründe für den Rückgang. Es ist notwendig, dass einerseits die Tarifpartner die Ausbildung ausbauen und zusätzliche Ausbildungsplätze entwickeln, andererseits die Politik neue Ausbildungsmodelle schaffen, um die Kosten der Ausbildung zu senken.

Die Ausbildungsberufe müssen – konsequenter als bisher – den

Anforderungen angepasst werden. Technischer Fortschritt und Globalisierung erfordern eine Weiterentwicklung der Ausbildungsinhalte und -strukturen. Bewerberinnen und Bewerber mit Fachkenntnissen ausgestattet sind, die ihnen den bestmöglichen Einstieg in eine erfolgreiche Laufbahn und ein späteres Weiterlernen ermöglichen.

Die berufsbildenden Schulen müssen sich einem Qualitätsvergleich stellen. Dazu sind Vergleichskriterien abzusuchen und durch eine Landesfinanzierung zu ermöglichen. Hierdurch eröffnet sich den Schülern eine freie Wahl der jeweiligen Ausbildung.

Die Durchlässigkeit zwischen Berufen muss verbessert werden. Bei den sich ständig wandelnden Anforderungen am Arbeitsmarkt müssen Menschen so ausgebildet werden, dass sie - relativ schnell und flexibel - in neue Berufe hineinwachsen können. Es muss deshalb darauf geachtet werden, neben Spezialkenntnissen das nötige fachliche Grundwissen zu vermitteln, um Flexibilität im Einsatz befähigt.

Die Perspektiven des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung über den beruflichen Bildungsweg müssen verbessert werden. Fachoberschulen und -gymnasien überregional ausbauen.

Die Motivation zur Meisterausbildung muss verbessert werden. Im Bereich des Handwerks und der industriellen Fertigung ist die Führungselite, die ihre fachlichen und ökonomischen Kenntnisse an jüngere Generationen weiter trägt und eigene Unternehmen gründet, für ein nachhaltiges Fortbestehen der - typisch deutschen - Qualitätskultur im Handwerk und Industrie gesichert.

Die FDP setzt sich für ein "Modell der beruflichen Aus-, Weiter- und Fortbildung ein, in dem die durch die Ausbildung vermittelte Basisberufe ebenso einen Platz haben wie die höherer Ausbildung. Die Differenzierung der jeweiligen Bildungswege wird durch den Erwerb von Kompetenzen in den jeweiligen Berufswegen sowie durch weiterführende Qualifizierungsmodulen zu Spezialisierungen, die dem betrieblichen Bedarf führen. Die Einführung von Basisqualifizierungsmodulen wird das komplizierte und langwierige Neuordnen von kompletten Berufsbildern erheblich vereinfachen.

Ein solches System ist einem horizontalen und vertikalen Durchgängigkeit und Vernetzung von allgemeiner und beruflicher Ausbildung. Es gibt allen Jugendlichen die Chance, eine ihrem Leistungsvermögen entsprechende Ausbildung mit Spezialisierungsrichtungen in zwei- oder dreijährigen Studiengängen absolvieren.

Um die internationale Charakteristika des deutschen dualen System Ausgebildeten mit vergleichbaren internationalen Zertifikaten sicherzustellen, muss eine faire und angemessene Einordnung in europäischen Niveaustufen des EQF erfolgen.

Grundsätzlich muss es möglich sein, formale Qualifikationen auf eine systematische Kompetenzübersetzung zu können, ganz gleich wie und in welchem EU-Mitgliedsland erworben wurden.

Zur Reduzierung der in Sachsen-Anhalt dramatisch hohen Ausbildungsabbrecherquote, 20% der abgeschlossenen Bewerberinnen und Bewerber, fordert die FDP die Ausweitung der Schulpraktika zur Berufsberatung, verstärkte Thematisierung der Berufswahl im Unterricht, mehr Anknüpfungen von Schulen sowie die Einführung einer an die lokale Arbeitsmarktsituation angeknüpfte Kammern angeschlossene „Ausbildungsbrücke“ als Vermittlungsstelle bei Problemen zwischen Ausbildungsbetrieben und Bewerberinnen und Bewerbern.

Kritisch sieht die FDP die ständige Ausweitung der Weiterbildungsjahre, deren Teilnehmerzahl in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Hier sind Ausbildungsformen mit stärkerer Vernetzung und Zielumsetzung, als eine weitere Beschulung. Nur durch eine stärkere Vernetzung der Wirtschaft kann es gelingen, den steigenden Anteil an Bewerberinnen und Bewerbern Berufsgrundbildungsjahr oder in Bildungsgängen, die zu keinem qualifizierenden Abschluss führen, zu reduzieren, um so ein Problem der Arbeitsmarktsituation entgegen zu wirken. Die nachlassende Finanzierung der Weiterbildung in Folge der demografischen Entwicklung muss durch eine Konzentration der öffentlichen Förderung, z.B. auf die zwischenbetriebliche Ausbildung, zu einer Steigerung des Anteils an betrieblicher Ausbildung führen.

Die Arbeitsmarktsituation wird seit Jahren von der Wirtschaft als einer der größten Probleme gesehen. Die große Zahl von Schülern ohne Abschluss, aber auch

angesichts der steigenden Schüler in den einzelnen Jahrgängen, haben auch die Unterrichtsinhalte zunehmend Schwierigkeiten, geeignete Auszubildende zu finden.

Das Interesse am Berufswahl wird durch eine kontinuierliche Förderung von entsprechenden Schülern bereits in der Grundschule zu entwickeln und zu stärken. Aufgrund der demografischen Entwicklung in unserer Gesellschaft wird der Schulabgänger weiter verringern, so dass Schulen, die eine gute Orientierung unterstützen, auf lange Sicht einen Wert gewinnen werden.

Die FDP will:

- das Duale System stärken und weiterentwickeln;
- die stärkere Verzahnung von Ausbildungsmaßnahmen mit dem "Bausteinprinzip" der beruflichen Aus-, Weiter- und Umschulung;
- die Ausbildungsfähigkeit Jugendlicher durch Kooperation mit der Wirtschaft verbessern;
- strukturelle Ausbildungsanreize für die Wirtschaft;
- die Motivation zur Meisterausbildung erhöhen.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen

Weiterbildung und lebenslanges Lernen sind für den Einzelnen und in seiner Bedeutung ständig steigender Bedeutung. Ob der sich immer schneller ändernden Rahmenbedingungen und individuellen Arbeitsumfeldes, kann nur die kontinuierliche Weiterbildung auch auf Dauer für den Einzelnen Chancen am Arbeitsmarkt bieten. Es ist zu beachten, dass lebenslanges Lernen im beruflichen Bereich eine Aufgabe bleibt, welche durch Eigeninitiative und Engagement zu bewältigen ist.

Auch vertiefende Weiterbildungen werden als Qualifizierungsmodul auf die betriebliche Arbeitsumgebung werden. Weitere Qualifikationsbedarfe werden in der betrieblichen Weiterbildung schnell und flexibel in die betriebliche Praxis integriert. Bei der Entwicklung neuer Qualifizierungsmodulen werden die zukünftigen betrieblichen Anforderungen und Chancen im Beruf im Mittelpunkt stehen. Basisberufe und Berufswahl werden in einem Bildungspass dokumentiert.

Die Weiterbildung wird entwickelt durch die so erreichte Verbreiterung des Fachkräftenachwuchses und gesellschaftlichen Zusatznutzen. Aus dieser individuellen und gesellschaftlichen Gewinnsituation leitet die FDP den Anspruch ab, dass auch die Kosten von Weiterbildungen beteiligen. Die Konzeptentwicklung ist gesellschaftlichen Diskussion heute noch in den Kinderschuhen und die Debatte neu beleben. Ziel muss sein, dass Arbeitnehmer, Bildungsinstitution, staatlich oder staatlich gefördert, mit ihren jeweiligen Interessen aneinander greifen, um den Qualifikationsvorsprung Deutschlands zu erhalten. Klar ist hier etwa, dass Arbeitnehmer für die Dauer der Weiterbildung ihres Gehalts verzichten, der Arbeitgeber den Arbeitnehmer während der Ausbildung und der Staat, auch in seiner Rolle als Bildungsträger, Weiterbildungsinstitutionen finanziell unterstützt oder die Erhebung von Sozialversicherungsbeiträgen während der Dauer der Weiterbildung ganz oder teilweise aussetzt.

Die Teilnahme an beruflicher Fort- und Weiterbildung auf Basis von Qualifizierungsmodulen muss eine Überprüfung des Erkenntnisstandes einschließen. Mit erfolgreicher Prüfung werden anerkannt und erworben, die auf eine weiterführende Höherqualifikation führen. Für die Teilnahme wird ein qualifiziertes Zertifikat ausgestellt, das sowohl die Kerninhalte der Fort- oder Weiterbildung als auch das Ergebnis der Kenntnisprüfung ausweist. Ein derartiges Zertifikat kann nur durch einen Anbieter ausgestellt werden, der eine kontinuierliche Lern- und Prüfungsprozesse für das jeweilige Fachgebiet nachweist. Die Formen der Fort- und Weiterbildung sollen ausdifferenzierbar sein. Dabei kann die Art der Testierung je nach Ausprägung der Maßnahme flexibel gestaltet sein.

Teilnahmezertifikat kann nur durch einen Anbieter ausgestellt werden, der eine kontinuierliche Lern- und Prüfungsprozesse für das jeweilige Fachgebiet nachweist. Die Formen der Fort- und Weiterbildung sollen ausdifferenzierbar sein. Dabei kann die Art der Testierung je nach Ausprägung der Maßnahme flexibel gestaltet sein. Dabei gilt es, die vorhandenen Strukturen auch für Weiterbildungen und lebenslanges Lernen als bisher zu nutzen. Neben Volkshochschulen und Fachschulen sind insbesondere auch die Kapazitäten von Fachhochschulen und Universitäten anzunutzen. Der Weg enger mit dem Wirtschaftsleben zu verzahnen. So können Maßnahmen schneller und effizienter umgesetzt werden.

- die verschiedenen Bildungsangebote;
- ein Informationsportal, um unterschiedlichste Bildungsangebote schaffen;
- ein Finanzierungskonzept zur Förderung von Weiterbildung entwickeln.